Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 16.10.2024 **Drucksache 19/3622**

Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Anhörung: Gemeinsam gegen Antiziganismus in der EU

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen führt eine öffentliche Anhörung zum Thema „Gemeinsam gegen Antiziganismus in der EU“ durch.

Die Anhörung soll die verschiedenen Erscheinungsformen des Antiziganismus als spezielle Form des Rassismus gegen Sinti und Roma und die bisherigen Bekämpfungsstrategien in den EU-Mitgliedsländern untersuchen und politische Maßnahmen empfehlen mit Fokus auf:

– Bildung
– Arbeitsmarktintegration
– Gesundheitsversorgung
– Wohnungsmarkt
– Behörden und Institutionen
– Medienberichterstattung

Besonders soll darauf eingegangen werden, wie 80 Jahre nach dem NS-Völkermord ein Strukturwandel durch nationale und regionale Aktionspläne sowie den Dialog mit der Zivilgesellschaft erreicht werden kann, um Sinti und Roma nachhaltig vor Diskriminierung und Rassismus zu schützen.

Begründung:

Schätzungen zufolge leben 10 bis 12 Millionen Sinti und Roma in Europa. Antiziganismus ist in vielen EU-Ländern verbreitet. Trotz EU-Maßnahmen erfahren Sinti und Roma weiterhin Diskriminierung.

2011 wurde ein EU-Rahmen für nationale Roma-Integrationsstrategien (NRIS) geschaffen, der 2013 durch eine Empfehlung des Rates gestärkt wurde. Trotz Fortschritten, insbesondere im Bildungsbereich, hat sich die Gesamtsituation wenig verbessert. 2020 schlug die EU-Kommission einen neuen strategischen Rahmen für 2020-2030 vor, um die Integration marginalisierter Sinti und Roma zu fördern.

Ergänzend zum neuen EU-Rahmen trat 2021 die Empfehlung des Rates zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma in Kraft. Im Fokus der beiden sich ergänzenden Dokumente steht insbesondere die Bekämpfung von Diskriminierung und Antiziganismus durch Förderung der Gleichstellung.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Neben den vier Kernbereichen (Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Wohnen), umfasst der neue EU-Rahmen zusätzlich

– die Bekämpfung und Verhinderung von Antiziganismus und Diskriminierung,

– die Verringerung von Armut und Ausgrenzung,

– die Förderung der Teilhabe von Roma durch Empowerment, Zusammenarbeit und Vertrauen.

In Deutschland erkannte die Bundesregierung den rassistisch motivierten Völkermord an Sinti und Roma erst 1982 an. Diese bedeutende politische Anerkennung unter dem damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt stellte einen wichtigen Schritt im Kampf gegen den Antiziganismus dar.